

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at



Aktuelle

12. Februar 2010 - Nr. 5 - 0,73 Euro

Gastkommentar von
AMS-Chef Herbert Buchinger



Causa Mensdorff restlos aufklären

Korruption ist kein Kavaliersdelikt!

Die SPÖ fordert die restlose Aufklärung der Causa Mensdorff-Pouilly in Österreich. Die britische Einstellung des Verfahrens gegen den Waffenlobbyisten sollte in Österreich keine Rechtskraft haben, sagen viele Rechtsexperten wie etwa auch der OECD-Korruptionsbekämpfer Mark Pieth. Tatsache ist, dass Mensdorff aufgrund des Deals der britischen Behörden mit dem Luftfahrtkonzern British Aerospace (BAE) den schwedischen Gardinen entkommen ist – in Großbritannien. Die SPÖ fordert die schonungslose Aufklärung des Falls in Österreich – und zwar ohne jeden Ablasshandel.

Akademikerkinder haben eine 2,7 Mal höhere Chance auf ein Hochschulstudium als Nicht-Akademikerkinder. Das besagt der Rohbericht der „Studierenden-Sozialerhebung 2009“. Die im Herbst überall plakatierte Forderung der Hörsaalbesetzer „Reiche Eltern für alle“ war eigentlich gar nicht so abwegig. Für die SPÖ ist klar: Dieser Rohbericht zeigt einmal mehr, dass Ganztagschule und Neue Mittelschule möglichst breit umgesetzt werden müssen – für mehr Chancengleichheit für unsere Kinder!

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Fall Mensdorff-Pouilly	4
Soziale Lage der Studierenden	6
Interview mit SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl	7
Kritik an Asylgesetz-Entwurf	8
Pflegegeld	9
Gastkommentar von AMS-Chef Herbert Buchinger zu Qualifikation und Arbeitsmarkt	14

SPD-Besuch in Wien



SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel mit NR-Präsidentin Barbara Prammer und Klubchef Josef Cap sowie mit SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Sigmar Gabriel stattete Wien einen Besuch ab. Nach den Visiten bei Bundes-

Banken-Gewinne und Steuerleistung (in Millionen Euro)



Banken haben gut verdient

Banken haben in den vergangenen Jahren trotz steigender Gewinne weniger Steuern gezahlt. Von 1997 bis 2007 hat sich der Jahresüberschuss (vor Steuern) der heimischen Banken mehr als verdreifacht, während die Steuerleistung im Inland in diesem Zeitraum gesunken ist.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Causa Mensdorff: Darf man sich von Strafverfahren freikaufen?

Rund 320 Mio. Euro an Strafzahlung hat ein britischer Rüstungskonzern hingeblättert – worauf die britische Justiz das Strafverfahren gegen Rüstungslobbyisten Mensdorff-Pouilly einstellte. „Graf Ali“ – für ihn gilt die Unschuldsvermutung – hofft, dass auch die österreichische Justiz klein beigt.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at ob Sie dafür sind, dass gegen Mensdorff in Österreich ein Strafverfahren eingeleitet wird.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Neue Habsburgergesetze nicht übers Knie brechen

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter plädiert für eine sorgfältige parlamentarische Beratung zur Frage der Reform der Verfassung im Zusammenhang mit den Habsburgergesetzen. Kräuter: „Es geht nicht nur um das Wahlrecht, sondern auch um internationale Aspekte und die eindeutige Außerstreitstellung vermögensrechtlicher Fragen.“ Einen Abschluss vor dem 26. März 2010, dem Ende der Frist für die Einbringung der Wahlvorschläge für die Bundespräsidentenwahl, hält Kräuter daher für unrealistisch.

Zitat der Woche

„Die Bevölkerung wäre mit Recht erzürnt, wenn sie das Gefühl haben müsste, dass vor dem Gesetz nicht alle gleich wären.“

Bundeskanzler Werner Faymann



SPÖ

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier

Sichere Internetnutzung fördern

Am 9. Februar fand der Safer Internet Day unter dem Motto „Erst denken – dann posten!“ statt. Johann Maier, SPÖ-Konsumentenschutzsprecher und Vorsitzender des Datenschutzrates, fordert aus diesem Anlass, die Sicherheit der Internetnutzung gesetzlich zu verbessern und Aufklärung zur zentralen Bildungsaufgabe zu machen. „Das europäische Datenschutzrecht stammt aus einer Zeit, in der es noch kein Web 2.0 gab. Die Probleme von sozialen Netzwerken waren damals unbekannt“, so Maier, der unter anderem ein Verbot der Weitergabe von persönlichen Daten fordert.



Recht vor Reichtum!

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Doch Verdachtsfälle wie die Causa Mensdorff-Pouilly erwecken den Eindruck, als seien manche Menschen „gleicher“. In einer Demokratie müssen alle Verdachtsfälle unabhängig von Stand, Kontakten und Geld lückenlos aufgeklärt werden. In Österreich muss Recht vor Reichtum gelten.

Was haben ein Handtaschenräuber, der hundert Euro gestohlen hat und jemand, der sich bei der Erstellung seiner Steuererklärung „geirrt“ und zu wenig Steuern bezahlt hat, gemeinsam? Beide müssen davon ausgehen, dass gegen sie ermittelt wird und im Falle einer Erhärtung des Verdachts mit einer Anklage und juristischen Konsequenzen rechnen. Die Justiz ist gefordert, allen Verdachtsmomenten nachzugehen, egal, ob es sich dabei um einen Handtaschenraub, Steuerhinterziehung oder Korruption in Millionenhöhe handelt. In Österreich sind von der Justiz alle Menschen gleich zu behandeln und es ist sogar die Pflicht einer Demokratie, dies im Zweifelsfall einzufordern.

Neueste Medienberichte über Alfons Mensdorff-Pouilly (für ihn gilt natürlich die Unschuldsvermutung) erwecken bei den Menschen den Eindruck, als könnten es sich Eliten mit Macht und Geld „richten, wie sie es brauchen“. Es ist verständlich, dass die Österreicherinnen und Österreicher mit Wut und Empörung reagieren und die Frage aufgeworfen wird, worin der Unterschied zwischen einem Durchschnittsbürger und dem „Rüstungsgrafen“ Mensdorff-Pouilly besteht? Warum gegen einen mutmaßlichen Handtaschenräuber konsequent ermittelt wird, während Mensdorff-Pouilly und andere Wohlhabende sich scheinbar seit Jahren durch die Rechtssysteme Europas winden?

Die Antwort liegt für Österreicherinnen und Österreicher auf der Hand: Im Gegensatz zu Mensdorff-Pouilly fehlen „Otto Normalbürger“ die guten Kontakte, die der Graf sein eigen nennt. Mensdorff-Pouilly ist ein Mitglied der sogenannten „Jagdgesellschaft“ – und das in zweierlei Hinsicht. Eliten aus Wirtschaft und Finanz, die immer auf der



Macht und Geld dürfen niemals gegen Recht und Ordnung aufgewogen werden, die Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, dass es sich Eliten aus Wirtschaft und Politik „einfach so richten“ können.

Jagd nach einem kapitalen Abschuss sind – sei es nun bei den von ihm für „enge Freunde“ organisierten Jagden auf Wild in den Wäldern Österreichs und Schottlands oder auf der Jagd nach dem nächsten kapitalen Geschäftsabschluss. Laut Medienberichten nehmen es einige von ihnen dafür scheinbar auch in Kauf, knietief durch Sümpfe aus Korruption und Bestechung zu waten.

Alfons Mensdorff-Pouilly, der sich selbst gerne süffisant als einfacher „Bauer“ bezeichnet, gilt als einer der Platzhirsche dieser Gesellschaft. Die Chronologie der Causa Mensdorff könnte mit „Alfons Mensdorff-Pouilly – mein Leben, eine Unschuldsvermutung“ umschrieben werden. Seit Jahren taucht der Name Mensdorff-Pouilly immer wieder im Zusammenhang mit dubiosen, undurchsichtigen Geschäften auf. Bereits im Jahr 2007 ermittelte die schwedische Staatsanwaltschaft wegen Korruptionsvorwürfen gegen Mensdorff-Pouilly. 2008 wurde wegen des Verdachts auf Bestechung und Geldwäsche im Zusammenhang mit dem Ankauf der Eurofighter durch das österreichische Bundesheer eine Hausdurchsuchung bei Mensdorff-Pouilly durchgeführt.

Wegen des Verdachts der Geldwäsche im Zusammenhang mit untitultierten Zahlungen eines britischen Waffenkonzerns an Mensdorff-Pouilly wurde dieser 2009 in seiner Heimatgemeinde Lusing festgenommen und kam für drei Tage in Untersuchungshaft. In England stand Mensdorff-Pouilly kürzlich unter Korruptionsverdacht. Laut der britischen Zeitung „The Guardian“ habe Mensdorff Provisionen in Millionenhöhe erhalten. Die Behörden ermittelten jahrelang und stießen dabei laut Medienberichten auf ein riesiges Netz aus Bestechung und Korruption.

„In Österreich sind von der Justiz alle Menschen gleich zu behandeln und es ist sogar die Pflicht einer Demokratie, dies im Zweifelsfall einzufordern.“

Mensdorff-Pouilly wurde festgenommen, einige Tage inhaftiert ... und alle Untersuchungen wurden fallen gelassen. Mensdorff-Pouilly kehrte mit einer angeblich weißen Weste nach Österreich zurück und verschanzte sich in seinem Schloss, um weiter seinem Tagesgeschäft als „einfacher Bauer“ nachzugehen. Bei den Menschen entsteht dadurch der Eindruck, dass gute Kontakte und Geldflüsse in Millionenhöhe als „Bleichmittel“ für weiße Westen verwendet werden können und Justitia käuflich ist.

Für eine Demokratie ist es aber untragbar, dass beim Verdacht auf Ladendiebstahl scheinbar genauer ermittelt wird als beim Verdacht auf Korruption in Millionenhöhe. Justitia darf nicht käuflich sein und daher muss es im Interesse aller Parteien sein, die Vorwürfe gegen Alfons Mensdorff-Pouilly restlos aufzuklären. ♦

KORRUPTION

Causa Mensdorff „restlos aufklären“



picturedesk

Der Waffenlobbyist lebt auf großem Fuß: Neben Schloss Luisenau im Burgenland besitzt er auch ein Schloss in Schottland samt Jagdrevier.

Die SPÖ fordert die restlose Aufklärung der Causa Mensdorff-Pouilly in Österreich. Bundeskanzler Werner Faymann denkt an eine EU-rechtliche Änderung, sollte dies nicht möglich sein.

„Korruption ist kein Kavaliersdelikt, sondern muss entschieden bekämpft werden.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Wir sind für eine restlose Aufklärung durch die Justiz – unsere Aufgabe als gewählte Vertreter ist es nicht, wegzuschauen, sondern sicherzustellen, dass vor dem Gesetz alle gleich behandelt werden“, sagt Kanzler Faymann. Keinesfalls wolle er aber in die Entscheidungen der unabhängigen Justiz eingreifen. „Korruption ist kein Kavaliersdelikt, sondern muss entschieden bekämpft werden“, betont Faymann.

EU-Rechtsänderung angedacht

Sollte der unter Korruptionsverdacht stehende Waffenlobbyist – für ihn gilt die Un-

schuldsumption – hierzulande nur deshalb straffrei ausgehen, weil die britischen Behörden ihr Verfahren nach einer Bußgeldzahlung niedergeschlagen haben, will Bundeskanzler Werner Faymann auf EU-rechtliche Änderungen drängen: „Sollte es so sein, dass man sich wegen Korruption in einem Land freikaufen kann, und das dann in einem anderen Land wirkt, obwohl bei uns die Gesetze anders sind, dann sehe ich Handlungsbedarf auf europäischer Ebene.“

Kritik auch von Darabos

Scharf kritisiert wird der Fall auch von Verteidigungsminister Norbert Darabos. Er bekräftigt, dass die „Ablasszahlung“ des britischen Rüstungskonzerns BAE nicht automatisch zum Ende der Strafverfahren auch in Österreich führen könne. BAE hatte sich vor kurzem zu einer Strafzahlung von mehr als 320 Millionen Euro bereit erklärt. Im Gegenzug stellten die britischen

„Die ÖVP erweckt derzeit den Eindruck, dass sie Mensdorff-Pouilly schützen will.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

Behörden ihre Korruptionsermittlungen gegen Mensdorff ein und setzten ihn auf freien Fuß. Dem Gatten der Ex-ÖVP-Ministerin Rauch-Kallat wurde vorgeworfen, im Zentrum eines Netzwerkes zu stehen, dass im Zusammenhang mit Rüstungsdeals in Österreich, Tschechien und Ungarn Schmiergeldzahlungen an Beamte beziehungsweise Politiker organisiert haben soll. Einer möglichen Ermittlungseinstellung in Österreich steht Darabos skeptisch gegenüber: „Es hat ja hier keinen Freispruch gegeben, sondern die Niederschlagung eines Verfahrens.“ Die Ablasszahlung eines Konzerns in einem EU-Land könne nicht automatisch dazu führen, dass auch die Verfahren in anderen EU-Ländern eingestellt werden. In Österreich



picturedesk

Mensdorff-Pouilly wird die Dienste seines Anwalts Harald Schuster in nächster Zeit wohl noch öfter benötigen.



„Österreich“, 7. 2. 2010

soll die Justiz „völlig unabhängig und ohne inhaltliche Zurufe von außen ermitteln“, betont Darabos. Durch die Akten, die das britische SFO (Anti-Korruptionsbehörde Serious Fraud Office, Anm.) der Staatsanwaltschaft nach Wien übermittelt hat, gebe es Verdachtsmomente, „die das rechtfertigen“.

ÖVP hält sich mit Kritik zurück

Kritik übt Darabos auch an der Einstellung des Koalitionspartners zur Causa: „Die ÖVP erweckt derzeit den Eindruck, dass sie Mensdorff-Pouilly schützen will. Ich fühle mich da als Staatsbürger betroffen.“ Der Verteidigungsminister meint weiters dazu: „Am sogenannten Stammtisch hört man nicht ganz so Unrecht, dass durch so einen Freikauf der Eindruck entsteht, dass der Diebstahl einer Wurstsemmel härter verfolgt wird als Korruption in Millionenhöhe.“

Eventuell Folgen für Eurofighter-Kauf

Sollte Mensdorff, der sich nicht als Lobbyist sondern als „Bauer“ bezeichnet, eventuell verurteilt werden, hätte dies laut dem Verteidigungsminister auch mögliche Konsequenzen für den Kauf der Abfangjäger: „Eine Nichtigkeit des Vertrages könnte – mit sehr vielen Konjunktiven behaftet – auf mich zukommen.“

INFO

Chronologie

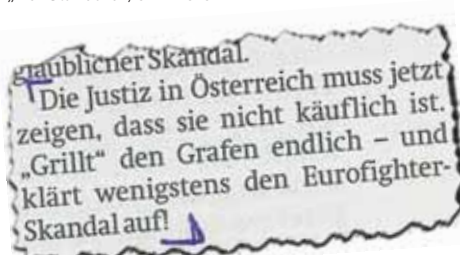
- Februar 2007: Erste Korruptions-Vorwürfe gegen Mensdorff-Pouilly.
- September 2008: Hausdurchsuchungen bei Mensdorff wegen des Verdachts der Bestechung und Geldwäsche im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Kauf.
- Februar/März 2009: Mensdorff wird in Österreich festgenommen und die U-Haft über ihn verhängt.
- April 2009: Mensdorff kommt wieder frei.
- Jänner 2010: Die britische Anti-Korruptionsbehörde SFO beschuldigt Mensdorff der Absprache zur Korruption. Der Waffenlobbyist wird in London inhaftiert.
- 5. Februar 2010: Das Verfahren wird eingestellt. Grundlage ist eine Strafzahlung der BAE von 328 Millionen Euro.



„Der Standard“, 9. 2. 2010

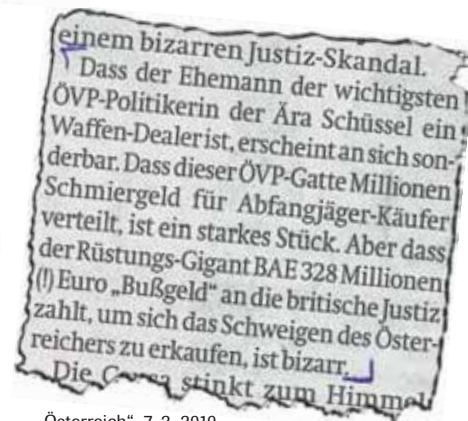


„Österreich“, 9. 2. 2010



„Österreich“, 7. 2. 2010

Einheitlicher Tenor in Österreichs Medien: Recht darf nicht käuflich sein.



„Österreich“, 7. 2. 2010

STUDIERENDEN-SOZIALERHEBUNG

Ausweitung der

Immer mehr Arbeit, immer weniger Geld und große soziale Hürden – so lassen sich die ersten Ergebnisse der neuen Studierenden-Sozialerhebung zusammenfassen. Die SPÖ kämpft für eine chancengerechte Bildung und für ein besseres Stipendiensystem.



Die soziale Lage der Studierenden ist angespannt. Das zeigt der Rohbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2009.

„Die Studierenden-Sozialerhebung ist ein Weckruf für Wissenschaftsministerin Karl. Die Baustellen im Hochschulbereich müssen rasch angegangen werden.“

**SPÖ-Wissenschaftssprecherin
Andrea Kuntzl**

Noch liegt die „Studierenden-Sozialerhebung 2009“ nur in einem so genannten „Rohbericht“ vor – doch schon dieser führt vor Augen, dass die soziale Lage der heimischen Studierenden alles andere als rosig ist. Wie falsch die ÖVP – allen voran die neue Wissenschaftsministerin Beatrix Karl – mit ihrem vehementen Eintreten für die Wiedereinführung der unsozialen Studiengebühren liegt, zeigt sich an einem alarmierenden

Detailergebnis der Sozialerhebung. Denn immer mehr Studierende müssen – auf Kosten ihres Studienerfolgs – nebenbei arbeiten, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Gleichzeitig geraten die Studentinnen und Studenten immer mehr unter finanziellen Druck. Mehr als ein Viertel der Studierenden gibt an, nur schlecht oder sehr schlecht mit ihren finanziellen Mitteln auszukommen. Umso wichtiger ist es daher, unsere Studierenden nicht weiter finanziell zu belasten. „Die SPÖ steht für einen freien Bildungszugang. Die Studiengebühren werden mit der SPÖ nicht wieder eingeführt, Zugangsbeschränkungen kommen nicht in Frage – das Regierungsprogramm gilt weiterhin, auch wenn eine neue Wissenschaftsministerin ihr Amt antritt“, bekräftigte SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

Die wichtigsten Ergebnisse im Detail

ARBEIT: Der Anteil der erwerbstätigen Studierenden ist zwischen 2006 und 2009 von 58 auf 62 Prozent gestiegen, mittlerweile arbeiten 45 Prozent während des ganzen Semesters (2006: 40 Prozent). In Summe arbeiten erwerbstätige Studierende rund 19,7 Stunden pro Woche, das sind um 0,6 Stunden mehr als 2006. Für die Vorsitzende des Verbands Sozialistischer StudentInnen Österreichs, Sophie Wollner, zeigen die Zahlen, dass „vor allem Studierende aus sozial schwächeren Schichten zum Arbeiten gezwungen sind“.

FINANZEN: Hatten Studierende 2006 noch rund 1.040 Euro zur Verfügung, hatten sie 2009 nur mehr ein Monatsbudget von 980 Euro. Mehr als ein Viertel der Studierenden gibt an, mit ihren finanziellen Mitteln nicht auszukommen. Einmal mehr benachteiligt sind Studierende aus bildungsfernen Haushalten: Gleich 30 Prozent kommen nicht mit ihrem Geld aus, während es unter Akademikerkindern lediglich 19 Prozent sind.

SOZIALE HERKUNFT: An unseren Hochschulen gibt es immer weniger Studierende aus niedrigen sozialen Schichten. Stammten 1998 noch 26 Prozent aller Uni-Studierenden aus einer niedrigen sozialen Schicht, so waren es 2009 nur mehr 18 Prozent. An den Fachhochschulen sank dieser Anteil gar von 33 (1998) auf 23 Prozent. An den Unis sind Akademikerkinder zweieinhalb mal öfter vertreten als solche aus bildungsfernen Schichten, an den Fachhochschulen sind es eineinhalb mal so viele.

Weckruf für Ministerin Karl

„Die Studierenden-Sozialerhebung ist ein Weckruf für Wissenschaftsministerin Karl. Die Baustellen im Hochschulbereich müssen rasch angegangen werden“, so SPÖ-

Problemzonen

Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl. Bis jetzt ist eine Antwort der Ministerin zur tristen Lage der Studierenden ausständig. Karl hat lediglich wissen lassen, dass sie erst nach Übermittlung des Endberichts an das Parlament gedenke, Stellung zu nehmen.

SPÖ-Aufbauprogramm für Unis

Die SPÖ hat bereits letzten November ein umfangreiches Aufbauprogramm für unsere Universitäten präsentiert. Darin sind u.a. klare Verbesserungen des Stipendien-systems vorgesehen. Profitieren sollen vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien und solche mit Kindern. Ein wichtiger Punkt des von Bildungsministerin Claudia Schmied und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl präsentierten Aufbauprogramms ist die klare Absage an finanzielle und soziale Barrieren. Denn für die SPÖ ist klar, dass Bildung nicht vom Geldbörsl der Eltern abhängig sein darf. Viele Studien zeigen, dass in Österreich das Bildungsniveau vererbt wird und dass es in unserem Bildungssystem nach wie vor deutliche Chancenungleichheiten gibt.

Für Schmied ist das „ein gewichtiges Argument, das Erfolgsprojekt Neue Mittel-

INTERVIEW

„Wir müssen das Stipendiensystem ausweiten“

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl im „SPÖ Aktuell“-Interview über ungleiche Chancen und über die angespannte soziale Lage der Studierenden.

SPÖ Aktuell: Wie bewerten Sie die vor kurzem bekannt gewordenen Ergebnisse der Studierenden-Sozialerhebung 2009?

Andrea Kuntzl: Schon der Rohbericht zeichnet ein eher düsteres Bild der sozialen Lage der Studierenden. Um sich das Leben und Studium leisten zu können, müssen immer mehr Studierende immer mehr arbeiten. Klar, dass darunter das Studium leidet. Der Bericht zeigt aber auch, dass unsere Studierenden im Vergleich zur letzten Sozialerhebung 2006 immer weniger Geld zur Verfügung haben. Ministerin Karl muss hier schnell die richtigen Antworten geben, wir werden sie dabei gerne unterstützen. Weitere Hürden, wie etwa Zugangsbeschränkungen, sind jedenfalls der falsche Weg.



Gegen weitere finanzielle Belastungen der Studierenden: SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

SPÖ

„Der soziale und finanzielle Status der Eltern bestimmt noch immer über den Bildungserfolg der Kinder. Das ist unerträglich.“

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl

allen einkommensschwachen Studierende und solche mit Kindern besser abgesichert werden.

Stichwort Chancenungleichheit – an unseren Universitäten studieren immer weniger Studierende aus niedrigen sozialen Schichten.

Kuntzl: Leider setzt sich an den Unis fort, was auch in den Schulen traurige Realität ist. Der soziale und finanzielle Status der Eltern bestimmt noch immer über den Bildungserfolg der Kinder. Das ist unerträglich und zeigt, wie wichtig die Bildungsreformen von Bildungsministerin Claudia Schmied sind, in deren Mittelpunkt Fairness und Chancengleichheit stehen. Die Neue Mittelschule, die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, eröffnet allen Kindern gleiche Chancen – sie ist damit ein enormer Beitrag zu mehr Chancengleichheit. ♦

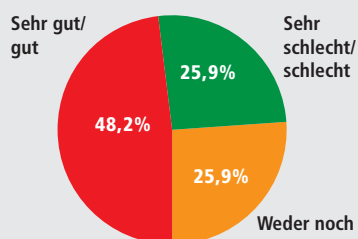
Studenten-Sozialerhebung 2009

Angaben in Prozent

Anteil der Erwerbstätigen



Auskommen mit finanziellen Mitteln 2009 (alle Studenten)



Quelle: APA/IHS | Grafik: SPÖ

Obwohl immer mehr Studierende arbeiten, geraten sie finanziell immer stärker unter Druck.

schule entschlossen fortzusetzen“. Auch für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas steht fest: „Wir werden uns weiter mit aller Kraft für die Neue Mittelschule einsetzen, die Schluss macht mit der ungerechten frühen sozialen Selektion unserer Kinder.“ Denn diese Schule der Zu-

kunft ist ein entscheidender Beitrag, um unser Bildungssystem endlich chancengerechter zu gestalten: Die Neue Mittelschule gibt allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche, beste und faire Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg. ♦

ASYL

Gegen Generalisierung, für fallbezogenes Handeln

Bundeskanzler Werner Faymann und Verfassungsexperten stehen einer generellen Inhaftierung von Asylsuchenden skeptisch gegenüber.

„Es darf nicht sein, dass alle Menschen, die in unser Land kommen und Hilfe in einer Notsituation suchen, generell in ein Lager gesperrt werden – auch nicht unter der Bezeichnung ‚Aufenthaltspflicht‘.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann bekennt sich klar zum österreichischen Grundsatz, jenen Menschen Schutz zu bieten, die in ihrer Heimat verfolgt und bedroht werden. Das entspricht nicht nur der moralischen und politischen Tradition Österreichs, sondern auch der europäischen Menschenrechtskonvention und der österreichischen Bundesverfassung. Es muss aber klar zwischen jenen Menschen unterschieden werden, die nach Österreich kommen, weil sie in ihrem Heimatland um ihr Leben fürchten müssen und jenen, die das Asylrecht missbrauchen oder sich auf Kosten Verfolgter bereichern wollen. Maßnahmen wie eine generelle Anwesenheitspflicht, die sich sowohl gegen Kriminelle als auch gegen wirklich Schutzbedürftige richten, können nicht der richtige Weg sein, Missbrauch zu bekämpfen.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Gegen die generelle Inhaftierung aller Asylsuchenden hegen Verfassungsjuristen rechtliche Bedenken. Eine „generelle, gesetzlich angeordnete Freiheitsentziehung“ ist mit der österreichischen Bundesverfassung nicht vereinbar. Entsprechend skeptisch bewertet auch der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes den aktuellen Gesetzesentwurf aus dem Innenministerium. Für den Verfassungsjuristen Bernd-Christian Funk handelt es sich unabhängig von der Bezeichnung „um eine Form der Verhaftung“ und um einen „Eingriff in das Grundrecht der persönlichen Freiheit“. Auch Verteidigungsminister Norbert Darabos äußert seine Bedenken darüber,



Beschleunigte Asylverfahren würden eine sofortige Entlastung der bestehenden Erstaufnahmezentren in Traiskirchen und Thalham bringen.

„Menschen, die nichts verbrochen haben, einzusperren.“

Einzelfallprüfungen sorgen für mehr Treffsicherheit

Bundeskanzler Werner Faymann machte einen Vorschlag, der von Verfassungsjuristen bereits als „rechtlich tragfähig“ befürwortet wurde. Der Bundeskanzler plädiert für eine Einzelfallprüfung, bei der klar unterschieden werden kann, ob die Gefahr besteht, dass Asylsuchende in die Illegalität abtauchen. „Ich bin in der Asylpolitik für fallbezogenes Handeln“, betonte der Bundeskanzler, der ein generelles Einsperren aller Asylwerber für „sachlich unsinnig“ hält. Bei einer Prüfung von Fall zu Fall können rechtmäßige Schutzbedürfnisse klar von Asylmissbrauch getrennt werden. Auch Funk kommentiert diesen Vorschlag wohlwollend. Faymann fordert weiters, dass die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Im derzeit geltenden Asylrecht ist bereits eine fallbezogene Möglichkeit der Festnahme verankert, sollte sich jemand dem Asylverfahren ent-

ziehen. Diese Maßnahme wird von den Behörden falls nötig als letztes, schärfstes Mittel eingesetzt. Immer neue Gesetzestexte zu produzieren löst die bestehenden Probleme im Asylbereich jedenfalls nicht. Es braucht eine Entlastung der bestehenden Erstaufnahmezentren – vor allem im niederösterreichischen Traiskirchen.

Rückhalt aus den Ländern

Aus den SPÖ-Landesparteien kommt breite Unterstützung für die Position von Regierungschef Werner Faymann. SPÖ-Oberösterreich-Chef Josef Ackner empfiehlt Ministerin Fekter, sich um die Bekämpfung der Kriminalität, die Beschleunigung der Asylverfahren und Integration zu kümmern. Der Landesgeschäftsführer der SPÖ Burgenland, Robert Hergovich, ortet ein „Ablenkungsmanöver“ Fekters, um von Problemen wie unnötig langen Asylverfahren abzulenken. Auch Michael Ritsch, Landespartei vorsitzender der SPÖ Vorarlberg erwartet sich eine Regelung, um schnell feststellen zu können, „wem Asyl zu gewähren ist und wem nicht.“

PFLEGEgeld

Hundstorfer überlegt Änderungen

Sozialminister Rudolf Hundstorfer kann sich vorstellen, künftig bei der Pflegegeld-Einstufung auch das Pflegepersonal einzubeziehen. Die Finanzierung des Pflegefonds darf nicht zulasten der Pensionisten gehen.

In Sachen Pflegegeld-Einstufung überlegt Sozialminister Rudolf Hundstorfer, künftig neben den Ärzten auch das Pflegepersonal mitwirken zu lassen. Dies soll in einer Modellregion – in einem Bundesland oder einem Teil davon – getestet werden. Gespräche mit den Ländern laufen bereits, ein Start des Projekts ist noch heuer geplant. Die Bundesländer sind aufgefordert, ihren zusätzlichen Finanzierungsbedarf – Pflege ist Ländersache – bis April anzumelden.



Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer wäre es denkbar, dass künftig neben Ärzten auch das Pflegepersonal Mitspracherecht bei der Pflegegeld-Einstufung erhält.

sein, dass die ÖVP wieder einmal die Pensionisten für etwas zur Kassa bitten will, das Aufgabe eines modernen Sozialstaates ist“, bekräftigt Lapp.

Sozialpolitik als Produktivkraft

Die SPÖ-Nationalratsabgeordnete regt außerdem an, zusätzliche Sachleistungen – wie beispielsweise Tagesbetreuung, Urlaubsunterbringung, Heimhilfe und Pflegehilfe – verstärkt als Unterstützung und Hilfe für Pflegegeldbezieher ins Auge zu fassen. Denn Investitionen in

Pflegefonds mit „frischem“ Geld speisen

Für die Einrichtung eines Pflegefonds soll es frisches Geld geben, Pensionisten dürfen dafür nicht zur Kassa gebeten werden, sagt Nationalratsabgeordnete und Mitglied des Sozialausschusses Christine

Lapp. Das wurde schon bei den Koalitionsverhandlungen klargestellt. Lapp ist daher verwundert über den Vorstoß der ÖVP, wonach Pensionistinnen und Pensionisten zugunsten eines Pflegefonds auf die ihnen zustehenden Pensionserhöhungen verzichten sollen. „Es kann nicht

diesem Bereich verbessern nicht nur die Lebensqualität der Betreuten enorm, sondern sie sind auch nachhaltige positive Impulse für den Arbeitsmarkt. Ein Beispiel für die Entfaltung von Sozialpolitik als Produktivkraft ist etwa der Ausbau von Tageszentren für Pflege und Betreuung. ♦

FRAUEN

Gewalttaten in der Familie strenger bestrafen

Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek steht fest: Religion oder ethnische Herkunft sind keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Schwächere.

Grundsätzlich bin ich für härtere Strafen bei Gewalttaten gegen Schwächere in der Familie – das sind zu über 90 Prozent Frauen und Kinder“, erklärt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Zum Vorstoß von Justizministerin Bandion-Ortner, den religiösen Hintergrund von Verbrechen künftig als Erschwerungsgrund im Strafrecht festzuschreiben, sagt Heinisch-Hosek: „Es geht nicht darum, ein Motiv herauszugreifen, sondern genau zu schauen, was hinter verschlossenen Türen in den Familien vorgeht.“

Religion oder kultureller Hintergrund dürfen nicht als Rechtfertigung oder Er-

schwerungsgrund gesehen werden. Auch in Fällen von Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat spielen meistens Tradition, Kultur oder Machstrukturen die entscheidende Rolle“, betont Heinisch-Hosek.

Gewalttaten gegen Frauen nicht verharmlosen

Gewalt gegen Frauen darf nicht verharmlost werden – egal, ob dieser Frau aus religiösen Motiven, aus Hass oder aus kulturellen Motiven Gewalt angetan wurde. Heinisch-Hosek: „Bei schwerem Betrug kann man derzeit bis zu 10 Jahre Haft bekommen, aber versuchter Totschlag führte im



Lehmann

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will genauer untersuchen lassen, wie Gewalttaten in der Familie in der österreichischen Justiz im Moment geahndet werden.

aktuell viel diskutierten Urteil zu einer Strafe von nur sechs Jahren.“ ♦

EUROPA

Ein kritisches Ja zur neuen EU-Kommission

Das EU-Parlament hat die neue EU-Kommission angenommen – mit Vorbehalten.



Sozialere Politik und stärkere Einbindung des EU-Parlaments – so lauten die Forderungen an die neu gewählte EU-Kommission.

Mit einer klaren Mehrheit (488 dafür, 137 dagegen) wählten die EU-Parlamentarier die von Kommissionspräsident José Manuel Barroso vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten der neuen EU-Kommission „Barroso II“ für die kommenden fünf Jahre ins Amt. Aber: Dies ist „nicht mit Begeiste-

rung und nicht mit fliegenden Fahnen“ geschehen, betont Jörg Leichtfried, Leiter der SPÖ-EU-Delegation.

Kein Freibrief für neue Kommissare

Nur sechs der 27 Kommissionsmitglieder

aus den EU-Mitgliedsstaaten stehen den Sozialdemokraten nahe, zwölf kommen aus den Reihen der Konservativen und neun aus dem liberalen Flügel. Für den Vizepräsidenten der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda, geht mit der Zustimmung daher die Forderung zu einer sozialeren Politik und zur Einbeziehung des EU-Parlaments einher. „Das Ja zu Barroso II ist kein Freibrief für die neuen Kommissare“, so Swoboda, der unterstreicht: „Für uns ist wichtig, dass gerade angesichts der Wirtschaftskrise die Europäische Union wieder handlungsfähig ist.“ Die Kommission müsse sich nun rasch der drängenden sozialen Probleme annehmen. Bundeskanzler Werner Faymann begrüßte die Bestätigung durch das EU-Parlament: „Damit ist sichergestellt, dass die EU in einer schwierigen Phase voll funktionsfähig ist“ – etwa um sich dem Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit zu widmen. Österreich ist durch Kommissar Johannes Hahn vertreten, der für das Ressort Regionalpolitik verantwortlich zeichnet. ♦

FPÖ

Graf-Burschenschaft lädt „Rassentheoretiker“ ein

Die rechtsextreme Burschenschaft „Olympia“, der auch der dritte Nationalratspräsident Graf angehört, liefert den nächsten Skandal.



Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Rudas steht fest: Grafs Mitgliedschaft bei „Olympia“ schädigt das Ansehen des Nationalrates nachhaltig.

des Wiener Korporationsrings (WKR) teilzunehmen, der als Treffpunkt führender Rechter aus dem In- und Ausland gilt. ♦

Olympia“ lädt unter dem Titel „Rasse, Evolution und Verhalten“ zu einem Vortrag des einschlägig bekannten „Rassentheoretikers“ Philippe Rushton. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas nimmt vor allem Graf in die Verantwortung: „Wenn sich Graf nicht von der Olympia distanziert und austritt, soll er als Nationalratspräsident zurücktreten.“ Zuletzt sorgte Graf für Aufsehen und Kritik, als er eine Sitzung des Nationalrats vorzeitig verließ, um am Ball

NEUBASIS WIEN

Kostenlose Rechtsberatung

Durch die Rechtsberatungen des BSA konnte den betroffenen Personen schnell und kostenlos zu ihrem Recht verholfen werden.

Seit September führten die Jungen im Bund sozialdemokratischer Akademikerinnen und Akademiker (BSA), die „neubasis“ Wien, in Kooperation mit der Mietervereinigung Österreich (MVÖ) und mit Unterstützung der SPÖ Wien fünf kostenlose juristische Beratungen für Gemeindebaubewohner in Wien durch. Dabei wurden Beratungsmodulare zu Arbeits-, Familien- und Mietrecht sowie Steuererklärungen und so genannte Bezirks-Talks angeboten. ♦



Das Team der Neubasis Wien und der Mietervereinigung bei einer der Gemeindebauaktionen.

Sachbuch

Zielpunkt Europa

Wolfgang Petritsch, österreichischer Spitzendiplomat und Vertrauter Bruno Kreiskys, zeigt, was lebendige Außenpolitik und Diplomatie ist.

Petritsch steht als Synonym für Erfolge unseres Landes auf dem internationalen Friedensparkett. Bekannt ist er vor allem als Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina (1999-2002) sowie als EU-Sonderbotschafter für den Kosovo (1998/99).

In seinen gesammelten Texten spannt sich ein breiter inhaltlicher Bogen von den globalen Entwicklungen seit 9/11 – Stich-

worte Afghanistan, Irak, Guantánamo – über die Geschehnisse am Balkan nach Ende der militärischen Konflikte, bis hin zum europäischen Einigungsprozess. Eine biographische Annäherung an seinen Lehrmeister Bruno Kreisky rundet das Buch ab. Auch das Transkript aus dem Prozess in Den Haag gegen den früheren jugoslawischen Präsident Slobodan Milošević stellt ein Zeitdokument der besonderen Art dar. ♦

Sachbuch

Wahnsinnig schön

Schönheit ist unsere neue Religion. Ihr ordnen wir alles unter. Ein neues Buch deckt auf, wie das Geschäft mit der Schönheit funktioniert.

Muskellähmende Gifte und Laserlöcher in die Haut schießen – das sind sogar noch die „sanfteren“ Methoden, die bei den mittlerweile gängigen „Schönheitsbehandlungen“ zur Anwendung kommen. Und all das nur, um die Vorgaben der Schönheitsindustrie zu erfüllen. Immer mehr Frauen und zunehmend auch Männer jagen unerreichbaren Schönheitsidealen nach. Dahinter stecken oft ganz andere Sehnsüchte, die Operationen

gar nicht erfüllen können. Das hohe Risiko der Eingriffe ist vielen dabei gar nicht bewusst.

Das im Goldegg-Verlag erschienene Buch möchte Frauen aufrütteln und in ihrem Selbstbewusstsein bestärken. Die Autorinnen – darunter z.B. eine Fachärztin für Plastische Chirurgie und eine Frauengesundheitsexpertin – zeigen, wie Frauen den gesellschaftlichen Zwängen wirksam entgegentreten können. ♦

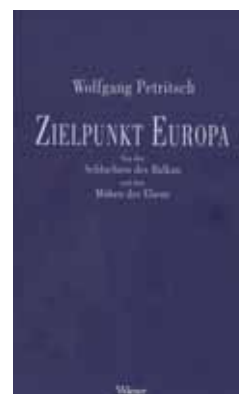
Geschichte

Zwischen Volksfront und Blockbildung

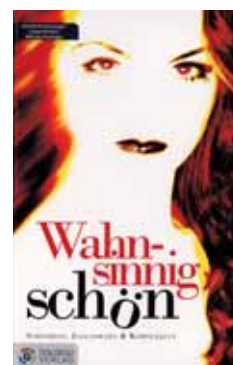
Mit diesem Buch wird erstmals der beginnende Kalte Krieg unter den Tschechen in Wien wissenschaftlich bearbeitet.

Ausgangspunkt des Buches ist der Februar 1948, die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei. Die darauf folgenden Jahre waren für die tschechische Minderheit in Wien gekennzeichnet von politischen Konflikten, persönlichen Diffamierungen und handgreiflichen Auseinandersetzungen, die letztlich zur Herausbildung zweier sich diametral gegenüberstehender Blöcke führten. Der Autor gibt einen umfassenden Einblick in die Geschichte der Wiener Tschechen, die

er darüber hinaus in einen breiteren Kontext stellt, indem er die grenzüberschreitenden Tätigkeiten der Tschechoslowakei und ihrer kommunistischen Partei, der KSČ, beleuchtet. Auch die Rolle der Kommunistischen Partei Österreichs kommt zur Sprache, die sich keineswegs bloß auf jene einer Vermittlerin zwischen Wien und Prag beschränkte. Mit diesem Buch wird erstmals der beginnende Kalte Krieg unter den Tschechen in Wien wissenschaftlich bearbeitet. ♦

☐ Stk.


Wolfgang Petritsch:
Zielpunkt Europa.
Wieser Verlag,
Klagenfurt/Celovec, 2009;
590 S., 39 €

☐ Stk.


Sylvia Unterdorfer et al.:
Wahnsinnig schön.
Schönheitssucht,
Jugendwahn & Körperkult
Goldegg Verlag, Wien 2009;
288 S., 19,80 €

☐ Stk.


Peter Hallama:
Zwischen Volksfront und
Blockbildung.
Studienverlag,
Innsbruck 2009;
216 S., 26,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

Gedenken an das Attentat von Oberwart



Anlässlich des 15. Jahrestages des rassistisch motivierten Attentates von Oberwart mahnte Landeshauptmann Niessl zu „partnerschaftlichem und freundschaftlichem Zusammenleben.“

Am 4. Februar 1995 verloren vier junge Burgenländer, die der Volksgruppe der Roma angehörten, beim schwersten politischen Attentat der Zweiten Republik ihr Leben. Anlässlich des Gedenktages sprach sich Landeshauptmann Hans Niessl entschieden dafür aus, „den Kampf für Toleranz und Menschlichkeit, gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und hasserfüllten, hetzerischen Radikalismus jeden Tag aufs Neue zu führen.“ Verteidigungsminister Norbert Darabos, der an der Trauerfeier am Ort des Anschlages teilnahm, verwies darauf, dass es auch heute noch Politiker in hohen Ämtern gebe, die Nationalsozialismus verharmlosen.



Faymann und Rudas: „Wachsam sein gegenüber antidemokratischen Tendenzen“

Bundeskanzler Werner Faymann erinnerte die Spitzen der Republik anlässlich des Jahrestages an ihre Verantwortung entschieden „gegen Verhetzung und extremistisches Gedankengut vorzugehen“ und forderte einen fairen und respektvollen Umgang mit allen Volksgruppen. Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas erinnerte alle Parteien an die wesentliche Aufgabe der Politik „gegen Diskriminierung aufzutreten“ und ihre Aufgabe, „die Jugend in diesem Sinne aufzuklären“.

Verteidigungsminister Norbert Darabos bei den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 15. Jahrestages des Attentates von Oberwart.

STEIERMARK

Kostenloser Rat auf Draht



Die „Helpline“ der SPÖ-Steiermark bietet schnelle Hilfe bei Problemen aller Art.

Unbürokratisch, schnell und kostenlos ist die Helpline der SPÖ Steiermark (0800/211 112), die mittlerweile seit 365 Tagen erfolgreich angeboten wird. Die Bilanz ist außerordentlich erfreulich: Von 2.200 Anfragen konnten im letzten Jahr 93 Prozent positiv erledigt werden. Inhaltlich drehen sich die Anliegen der Steirerinnen und Steirer vor allem um soziale Themen, aber auch um Probleme in der Wohngemeinde, Hilfe bei umstrittenen Bauprojekten oder Nachbarschafts-problemen.

„Wir sind oft Retter in letzter Not“

Mit der Helpline wollte die SPÖ Steiermark ein Signal der Offenheit und Solidarität setzen. „Jetzt zeigt sich aber,



Unter 0800/211 112 bietet das Helpline-Team kostenlos schnelle und unbürokratische Hilfe an (Foto v.l.n.r.: Doris Klammer, Ursula Wüschl, Markus Hierzer, Elke Kollmann, Heike de Vries und LG Toni Vukan).

dass wir oft Retter in letzter Not sind“, sagt SPÖ-Landesgeschäftsführer und Initiator der Helpline, Toni Vukan. Koordinatorin Doris Klammer erklärt:

„Meist sind die Menschen durch Probleme im Alltag überfordert und erleben dadurch eine persönliche Ausweglosigkeit.“ Reges Interesse an der kostenlosen Service-Einrichtung zeigte sich auch an den 69 Helpline-Terminen durch alle 17 steirischen Bezirke. In Notsituationen fällt die Hemmschwelle, Kontakt aufzunehmen und um Hilfe zu bitten, betont Klammer.

Aufgrund des großen Projekterfolges ist für SPÖ-Landesgeschäftsführer Vukan klar: Die Helpline geht auch im Jahr 2010 wieder auf Tour durch alle steirischen Bezirke.

NIEDERÖSTERREICH

Entlastungsmaßnahmen notwendig



Die SPÖ Niederösterreich fordert eine Entlastung der Kommunen durch kurz- und mittelfristige Maßnahmen.

„Die finanzielle Basis für Gemeinden muss gesichert sein“, erklärt der Vorsitzende der SPÖ Niederösterreich und Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner. „Damit die Gemeinden einen ausgeglichenen Budgethaushalt erstellen können, braucht es dringend Entlastungsmaßnahmen.“ Kurzfristige Maßnahmen sind etwa die Aussetzung der Umlagenerhöhungen für 2010 und die Entlastung bei der Sozialhilfeumlage durch einen bundesweiten Pflegefonds. Die Übernahme der Kompetenzen bei den Kindergärten durch die Gemeinden und die 100-prozentige Übernahme der Spitalsfinanzierung durch das Land zählen zu den längerfristigen Maßnahmen.



Vorsitzender der SPÖ Niederösterreich und LH-Stv. Sepp Leitner mit dem Präsidenten des Gemeindevertreterverbands Niederösterreich, LAbg. und Bürgermeister Rupert Dworak bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Bundesertragsanteile stark rückläufig

Annähernd ein Viertel der Gemeinden können kein ausgeglichenes Budget er-

stellen. „Hinzu kommt noch die Vergabe der Bedarfszuweisungen nach parteipolitischen Motiven – hier fordern wir eine Objektivierung“, betont der Präsident des Gemeindevertreterverbands, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister Rupert Dworak. „Werden keine Maßnahmen gesetzt, steigt die Anzahl der Gemeinden, die nicht mehr budgetieren können, auf 35 bis 40 Prozent.“ Dworak tritt deshalb für die Schaffung eines Zukunftsfonds ein, bestehend aus kurzfristig freiwerdenden Mitteln der Wohnbau-Veranlagungen. 500 Millionen Euro könnten für Investitionen in den Gemeinden eingesetzt werden, um Arbeitsplätze zu sichern und die Kommunen zu stärken. ♦

FREIHEITSKÄMPFER

Gedenken an die Februarkämpfer von 1934



In diesen Tagen finden in ganz Österreich Februargedenkfeiern der SPÖ und der Freiheitskämpfer statt.

Eine Delegation des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus legte am 10. Februar Kränze bei den Mahnmalen im Gedenken an die Opfer der Verteidigungskämpfe des Jahres 1934 nieder. Der Bundesvorsitzende, NR-Abg. a.D. Ernst Nedwed, begrüßte dabei die neue Initiative einer Plattform von 97 Wissenschaftlern, die sich für die politische und rechtliche Rehabilitierung der vom Dollfußregime hingerichteten sowie der im weiteren Verlauf des Jahres 1934 verfolgten Sozialdemokraten einsetzt. ♦



Freiheitskämpfer

Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der Verteidigungskämpfe 1934

TIROL

„Europa-Café“ in Tirol



Zum Gedankenaustausch luden SPÖ-EU-Abgeordnete in Innsbruck – und das mit großem Erfolg.

Unter dem Motto „Europa weiter denken“ kamen in Innsbruck zahlreiche Interessierte aus den verschiedensten Berufs- und Altersgruppen zusammen, um die Möglichkeit zum Dialog mit den SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner und Hannes Swoboda beim „Europacafé“ im SPÖ-Haus zu nutzen. Ziel war es, in spannenden Diskussionen gemeinsam neue Ideen und Visionen für Europa zu entwickeln. Die Bandbreite der angesprochenen Themen reichte von Arbeitsmarktpolitik bis hin zum Klimawandel. Das erste „Europa-Café“ erwies sich als voller Erfolg, wie das positive Echo in den Wortmeldungen aus dem Publikum zeigte. Mehr Infos zur Kampagne der SPÖ-EU-Delegation auf www.europa-weiter-denken.at. ♦



SPÖ Tirol

Die „Europa-Cafés“ werden im Rahmen der Kampagne „Europa weiter denken“ bis April 2010 in ganz Österreich abgehalten.



AMS/Saulich

Schulungen des AMS: Qualifizierung für Arbeitslose macht Sinn!

Je höher die Bildung, desto geringer ist die Arbeitslosigkeit. Zur Überwindung individueller Arbeitslosigkeit setzt das AMS verstärkt auf Qualifizierungsmaßnahmen.

„Jeder einzelne Arbeitslose verbessert mit höherer Qualifizierung seine Chancen auf einen neuen Job gewaltig.“

Etwas mehr als acht Prozent der unselbständig Erwerbstätigen waren im Schnitt des Jahres 2009 arbeitslos. Unterschieden nach dem höchsten Bildungsabschluss ergibt sich jedoch ein erstaunlich differenziertes Bild. So waren mehr als 17 Prozent der Arbeitnehmer mit Pflichtschule als höchster Schulausbildung arbeitslos, aber nicht einmal drei Prozent der Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss. Dazwischen die Unselbstständigen mit Lehrabschluss (ca. sieben Prozent arbeitslos), mit mittlerem Schulabschluss (fünf Prozent arbeitslos) und die Maturanten (knapp vier Prozent arbeitslos). Das Bild ist demnach eindeutig: Je höher die Bildung, desto geringer die Arbeitslosigkeit. Und dieses Bild ist keine Momentaufnahme, sondern bereits seit Jahrzehnten stabil. Das Niveau der Arbeitslosigkeit mag sich verändert haben, die Unterschiede in der Betroffenheit je nach Bildungsabschluss sind weiter gewachsen.

Ähnliche Beobachtungen macht das Arbeitsmarktservice mit seinen Kursen. Obwohl in diese Kurse vor allem Arbeitslose kommen, die entweder bereits länger als sechs Monate arbeitslos sind oder nach Einschätzung des/der AMS-Beraters/in länger arbeitslos bleiben werden, haben rund 50 Prozent der Kursabsolventen binnen drei Monaten nach Kursende einen neuen Job, sechs Monate nach Kursende sind es sogar rund 60 Prozent. Diese Zahlen erklären deutlich, warum das Arbeits-



Das Arbeitsmarktservice bietet maßgeschneiderte Ausbildungen und Weiterbildungen für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes.

marktservice zur Überwindung individueller Arbeitslosigkeit so stark auf Qualifizierungsmaßnahmen setzt. Jeder einzelne Arbeitslose verbessert mit höherer Qualifizierung seine Chancen auf einen neuen Job gewaltig. Auch ihre Verdienstmöglichkeiten können sich Arbeitslose durch Absolvierung von Qualifizierungsmaßnahmen deutlich verbessern. Vor allem auf Frauen trifft das zu: Im Durchschnitt verdienen Frauen im Job nach der Qualifizierungsmaßnahme um über 1.300 Euro jährlich mehr als im letzten Job vor der Weiterbildung. Für Männer ist das Ergebnis dabei leider nicht so eindeutig positiv.

Viele Linke und einige Aktivisten von Arbeitslosenselbsthilfegruppen kritisieren mich, wenn ich Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik - insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen - als wirksame Mittel gegen Arbeitslosigkeit bezeichne. Sie mei-

nen, dass Qualifizierung nichts gegen eine zu schwache Arbeitskräftenachfrage ausrichten könne, sondern dazu tendiere, das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit zu individualisieren („Selber schuld, hättest mehr gelernt!“). Allenfalls wird noch der angebots-reduzierende Effekt von Schulungsmaßnahmen anerkannt, was zynisch als „Verstecken“ von Arbeitslosen verunglimpft wird.

Ich denke, hinter dieser Kritik steckt ein Riesen-Missverständnis. Hier werden die verschiedenen Ebenen gesellschaftlichen Handelns durcheinandergebracht. Natürlich kann eine Höherqualifizierung des Arbeitskräfteangebots nicht eine fehlende Arbeitskräftenachfrage kompensieren. Aber bei dynamischer Betrachtung des Arbeitsmarktes finden sich immer wieder Nachfragesegmente, die wegen Qualifikationsmängeln des

Angebots nicht unmittelbar zu befriedigen sind. Und unser Arbeitsmarkt ist sehr dynamisch, denn auch mitten in der größten Wirtschaftskrise, die Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, wurden dem AMS im Jahr 2009 rund 7.000 offene Stellen pro Woche gemeldet. Die wichtigste Funktion der Qualifizierungsmaßnahmen ist es somit, arbeitslosen Menschen neue Chancen zu eröffnen und damit zu verhindern, dass sich Arbeitslosigkeit bis zur sozialen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen verfestigt. ♦

Herbert Buchinger ist seit 1994 Vorstandsvorsitzender des Arbeitsmarktservice. Er wirkte maßgeblich an der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Gründung des AMS mit.

LESERBRIEFE



Bilderbox

Strengere Strafen für Gewalt in der Familie – der Vorschlag der Frauenministerin findet Anklang.

Von Pensionen über Asyl bis zur EU – all diese Themen beschäftigten unsere Leserinnen und Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Ich möchte anmerken, dass die von Sozialdemokraten regierten Bundesländer Burgenland, Salzburg, Steiermark und Wien – laut Kurier vom 7.2. – die niedrigsten Arbeitslosenzahlen, nämlich unter 5 Prozent, aufweisen.

Helmut Grammanitsch, 1110 Wien

Religion darf im Gericht keine Rolle spielen – danke für diese klare Positionierung. Denn: Was für einen Unterschied macht es, ob der Vater, der seit Jahren Alkoholiker ist, seine

Töchter schlägt, oder der türkisch-muslimische Ehemann aus falsch verstandenem Ehrgefühl auf seine Frau losgeht? Ich habe selbst jahrelang Gewalt in der Familie erleben müssen, und bin daher für eine strengere Bestrafung sowie mehr Betreuung für Angehörige.

Luise Maier, Wels

Danke, dass aus Ihrem Mund zum Thema Asylwerber immer auch zu hören ist, dass es da vor allem um Menschen geht, die Schutz suchen. Eigentlich sollte es in der Demokratie eine Regelung geben, die Personen mit aggressiver Rhetorik von wichtigen Positionen ausschließt. Dies sollte – nach den Ergebnissen der Konflikt- und Friedensforschung – zu einem Grundkonsens einer demokratischen Gesellschaft werden. Danke

für Ihre moderate Sprache und Wortwahl!
Mag. Karl Plohovich

Ich gratuliere euch zu eurer Haltung. Die ÖVP hat hingegen keine Handschlagsqualität. Es gilt die heutige Regelung bis 2013 – was danach kommt, ist auszuverhandeln. In der Liechtenstein-Kaserne Allentsteig hat die SPÖ haushoch gewonnen, da speziell hier viele ältere Soldaten Dienst tun, und nach mehr als 40 Jahre Dienst auch einmal der sogenannte „Ofen aus ist“. Ich gratuliere euch im Namen vieler Unteroffiziere für eure Haltung und darauf, dass man sich auf euer Wort verlassen kann.

Elmar Peter, Waldviertel

Ich gratuliere der SPÖ zu ihrer neuen EU-Kampagne, die ich selbst als Teilnehmerin beim Europacafé in Tirol erleben durfte. Schön, dass EU-Abgeordnete so nah bei den Menschen sein können. Weiter so!

Kristin Moser, Studentin aus Innsbruck

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärli, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Andrea Schmidt, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Bilderbox, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.stopFGM.net

Gegen weibliche Genitalverstümmelung

Weibliche Genitalverstümmelung ist leider immer noch von trauriger Aktualität – auch mitten in Europa, wie zuletzt im ungarischen Sopron aufgedeckt wurde. Unter www.stopFGM.net finden Sie den Internetauftritt der österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung, deren Initiatorin die SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, Petra Bayr, ist. „Sensibilisierung und Infor-

mation sind essentielle Schritte, um weiteres Leid zu verhindern“, begründet sie die Bedeutung der Aufklärung über diese grausame Menschenrechtsverletzung. Auf der Website kann die Plattform mit einer virtuellen Unterschrift unterstützt werden, weiters werden Projekte gegen FGM (Female Genital Mutilation) vorgestellt.

Zimmer



Die SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, Petra Bayr, kämpft gegen FGM.





Wir sind Europameister

"Der 17. Jänner 2010 ist für den österreichischen Sport ein historisches Datum", meint Sportminister Norbert Darabos. Damit hat er völlig Recht. Denn an diesem Tag hat das österreichische Herrenhockey-Nationalteam mit einem sensationellen Sieg über Russland EM-Gold geholt. Für den Sportminister ein guter Grund, unsere Europameister zu einem großen Festempfang zu laden.



Ein Scheck aus Wien

Ein schöner Beweis für die gute Bezirkspartnerschaft zwischen der Leopoldstadt und Brooklyn: Die Wiener Vizebürgermeisterin Renate Brauner übergab bei ihrem Besuch in New York einen Scheck über 5.300 Dollar. Dafür kann jetzt jede Menge pädagogisch wertvolles Spielzeug für die Kinder der Brooklyner Vorschule "Bais Rochel School" gekauft werden.



Her mit der Bankenabgabe!

Für die Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ) ist klar: Die Arbeitnehmer und Jugendlichen dürfen nicht für die Kosten der Krise zur Kassa gebeten werden. Höchste Zeit also für die Einführung einer Bankenabgabe – das war die Botschaft der SJÖ-Protestaktion vor einer Bankfiliale in der Wiener Innenstadt.



Beispielhafte Sozialpolitik "Made in Austria"

Sozialminister Rudolf Hundstorfer war vor kurzem in der Millionenstadt New York. Im Big Apple präsentierte er bei einer Sozialtagung der UNO die vielen Vorteile der österreichischen Sozialpolitik. Im Gespräch mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon erläuterte Minister Hundstorfer die beispielhafte Sozialpolitik "Made in Austria".